

## 183 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

# Bericht des Umweltausschusses

### **über die Regierungsvorlage (165 der Beilagen): Bundesgesetz über die Zulassung von und die Aufsicht über Umweltgutachter sowie über die Führung des Standortverzeichnis entsprechend dem EU-Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (Umweltgutachter- und Standortverzeichnisgesetz – UGStVG)**

Die Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29. Juni 1993 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung, ABl. Nr. L 168/1 vom 10. Juli 1993, (EMAS-V) enthält Regelungsaufträge für nationale Umsetzungsmaßnahmen, deren wichtigste die Schaffung eines Zulassungssystems für unabhängige Umweltgutachter und die Einrichtung einer zuständigen Stelle für die Führung eines Standortverzeichnis sind.

Durch das Umweltgutachter- und Standortverzeichnisgesetz soll die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines Systems der Zulassung unabhängiger Umweltgutachter geschaffen werden, das den Anforderungen der EMAS-V hinsichtlich der notwendigen Fachkunde, Unabhängigkeit und Integrität der Umweltgutachter Rechnung trägt und sowohl die Zulassung von Umweltgutachterorganisationen als auch von Umwelteinzelgutachter/innen ermöglicht.

Des weiteren wird die gemäß Art. 18 Abs. 1 der EMAS-V erforderliche zuständige Stelle für die Durchführung der Aufgaben der Führung eines Verzeichnisses geprüfter Standorte festgelegt und die gesetzliche Grundlage für die Einhebung von besonderen Verwaltungsabgaben für die Zulassung von Umweltgutachtern und für die Führung des Standortverzeichnis geschaffen.

Da geplant ist, daß gemäß § 21 des Umweltgutachter- und Standortverzeichnisgesetzes besondere Verwaltungsabgaben im Zusammenhang mit der Zulassung von Umweltgutachtern und mit dem Eintragsverfahren für Standorte eingehoben werden sollen, kann von einer weitgehenden Kostendeckung ausgegangen werden.

Der Umweltausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 20. April 1995 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Karlheinz Kopf, Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller, Ing. Monika Langthaler, Mag. Thomas Barmüller und der Ausschußobmann Mag. Karl Schweitzer sowie die Bundesministerin für Umwelt Maria Rauch-Kallat.

Die Abgeordneten Karlheinz Kopf und Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller brachten zwei Änderungsanträge ein. Die einzelnen Änderungen waren wie folgt begründet:

#### **Zu § 4 Abs. 4 Z 1:**

Die Änderung ist deshalb geboten, da ansonsten bestimmte fach einschlägige freiberufliche Tätigkeiten und Tätigkeiten im Bereich der Wissenschaft und Lehre entgegen der Intention dieser Bestimmung nicht entsprechend berücksichtigt werden könnten.

**Zu § 4 Abs. 5:**

Mit der erhöhten Anrechnung der Vortätigkeit bestimmter Ziviltechniker, Wirtschaftstreuhandler und der Rechtsanwälte sowie bei Technischen Büros und Unternehmensberatungen soll der besonders qualifizierten Tätigkeit dieser Berufsgruppen Rechnung getragen werden.

Da gemäß der Übergangsbestimmung des § 32 ZTG 1993 Ziviltechniker in bestimmten Fällen weiterhin ihre Befugnisse unter Führung der alten Bezeichnung „Zivilingenieur“ auszuüben berechtigt sind, ist die Erweiterung der Z 1 um den Begriff des „Zivilingenieurs“ erforderlich.

Der Sammelbegriff „Wirtschaftstreuhandler“ umfaßt gemäß § 2 Abs. 1 der Wirtschaftstreuhandler-Berufsordnung die Berufsgruppen Wirtschaftsprüfer und Steuerberater (Z 1), Buchprüfer und Steuerberater (Z 2) sowie Steuerberater (Z 3). Die genannten Berufsgruppen unterscheiden sich voneinander vor allem durch den Umfang ihrer Befugnisse. Die Angehörigen sämtlicher drei Berufsgruppen sind zur Mitwirkung an Jahresabschlüssen berechtigt. Die Erteilung von förmlichen Bestätigungsvermerken ist jedoch den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern und den Buchprüfern und Steuerberatern vorbehalten. Dementsprechend erscheint die Ausdehnung der Anrechnungsbestimmung in Z 1 auf Buchprüfer und Steuerberater sachlich erforderlich.

Die Änderung des Wortlautes der Z 2 dient einer klareren sprachlichen Fassung und soll auch selbständige Tätigkeiten auf den genannten Gebieten mitumfassen.

**Zu § 4 Abs. 6 Z 2:**

Die Einfügung dient einerseits der Klarstellung, daß es an dem Zulassungswerber bzw. der Zulassungswerberin liegt, den Standort gegenüber der Zulassungsstelle namhaft zu machen, an dem die praktische Überprüfung der Fähigkeiten (sog. „Witness-Audit“) vorgenommen werden soll. Andererseits ist es für den Fall, daß kein Standort im Zeitpunkt der Überprüfung vorhanden ist, erforderlich, daß eine anderweitige Abnahme des „Witness-Audit“ gewährleistet ist. Es soll daher eine praktische Überprüfung der Fähigkeiten auch ersatzweise an einem simulierten Fallbeispiel durchgeführt werden können.

**Zu § 5 Abs. 1:**

Die Aufnahme dieses Satzes dient lediglich der Klarstellung, daß unter der sicherzustellenden Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung der gutachterlichen Tätigkeit jedenfalls auch die fachliche Weisungsungebundenheit zu verstehen ist.

**Zu § 5 Abs. 2:**

Es ist erforderlich, daß sich die Ausnahme auch auf prüfende, überwachende und zertifizierende Tätigkeiten erstreckt, wie sie typischerweise von den genannten Stellen nach dem AkkG bzw. von fach einschlägigen Gerichtssachverständigen erbracht werden.

**Zu § 6 Abs. 2 Z 4:**

Das Erfordernis dient der Sicherstellung, daß Umweltgutachterorganisationen über eine ausreichende Anzahl an qualifizierten und überprüften Personen verfügen, die fest in der Organisation verankert sind. Dies ist insbesondere deshalb erforderlich, da interdisziplinäre Zusammenarbeit sinnvollerweise auf einer längerandauernden, konstanten Zusammenarbeit von Personen beruht.

**Zu § 8:**

Die Änderung ist auf Grund des geänderten Wortlautes in § 5 Abs. 2 erforderlich.

**Zu § 16 Abs. 1 Z 2:**

Gemäß Art. 8 Abs. 3 der EMAS-V bzw. nach § 16 Abs. 1 Z 2 ist eine Eintragung eines Standortes in das Verzeichnis erst zulässig, nachdem glaubhaft gemacht ist, daß der Standort alle Bedingungen der EMAS-V erfüllt. Da in Anhang I der EMAS-V die wesentlichen Elemente des EMAS-Umweltmanagementsystems näher geregelt sind, ist eine demonstrative Hervorhebung der Erfüllung der Bedingungen nach Anhang I der EMAS-V als Eintragungsvoraussetzung zweckmäßig.

Anhang I ,auf den Art. 3 lit. a der EMAS-V verweist, enthält die Bewertungsmaßstäbe und Gesichtspunkte für die Umweltpolitik, für das Umweltprogramm und für das Umweltmanagementsystem. In diesem Zusammenhang ist die Einhaltung der bestehenden umweltrechtlichen Vorschriften am Standort der wichtigste Bewertungsmaßstab für die Umweltpolitik und Grundlage sowohl für die Umweltprüfung als auch für die Erstellung des Umweltprogramms. Die Gesichtspunkte auf die es dabei ankommt, sind in lit. C des Anhangs I genannt. Demgemäß sind die Felder für die Verbesserung des betrieblichen Umwelt-

## 183 der Beilagen

3

schutzes konkret auszuführen; allgemeine Bekanntheitsstände sind nicht hinreichend. Die Handlungsgrundsätze für die betriebliche Umweltpolitik sind in lit. D des Anhangs I genannt, wo aufgezeigt wird, wie die Verringerung von Umweltauswirkungen erreicht werden soll.

Außerdem wird im Anhang I, wie auch in den Erwägungsgründen auf die Beschäftigten des Unternehmens hingewiesen. Die EMAS-V zielt im 6. Erwägungsgrund darauf ab, daß bei der Anwendung von Umweltmanagementsystemen die Betriebsangehörigen über die Einstellung und Durchführung solcher Systeme unterrichtet werden und eine entsprechende Ausbildung erhalten. Im Anhang I lit. A Z 2 wird ebenfalls auf die Information der Beschäftigten des Unternehmens hingewiesen. Lit. B (Umweltmanagementsysteme) stellt in seiner Z 2 (Organisation und Personal) auf Vorkehrungen ab, die gewährleisten, daß sich die Beschäftigten auf allen Ebenen den zugrundegelegten Anforderungen bewußt sind.

In Österreich sieht das Arbeitsverfassungsgesetz bezüglich möglicher Auswirkungen für die Beschäftigten Informations- und Konsultationsrechte der Belegschaftsvertretungen vor (vgl. § 92), verbunden mit der Möglichkeit, in der Sache Betriebsvereinbarungen abzuschließen (vgl. § 97). Die Information und Mitwirkung der Belegschaft und Belegschaftsvertretungen ist somit nach österreichischem Recht gewährleistet.

**Zu § 23 Abs. 1:**

In der Neufassung kommt zum Ausdruck, daß auch eine Verletzung der den Umweltgutachtern auferlegten Verschwiegenheitspflicht unter Strafsanktion gestellt ist. Dies betrifft freilich nicht die Informationen an die Zulassungsstelle, soweit dies zur Wahrnehmung der der Zulassungsstelle nach der EMAS-V und nach diesem Bundesgesetz übertragenen Aufsichtspflicht erforderlich ist.

**Zu § 24 Abs. 3 Z 1 und 2:**

Die Änderung des Wortlautes in Z 1 dient lediglich der Klarstellung, daß die genannte Dokumentation nur jene Unterlagen umfaßt, die für die Beurteilung der Tätigkeit des Zulassungswerbers bzw. der Zulassungswerberin erforderlich sind und keine darüber hinausgehenden betriebsbezogenen Angaben vorzulegen sind.

Ferner ist die Streichung des Wortes „Qualität“ in Z 2 erforderlich, da es nicht die Aufgabe der Unternehmensleitung, sondern der Zulassungsstelle ist, die Qualität der Tätigkeiten im Sinne des Abs. 2 zu beurteilen.

**Zu § 24 Abs. 4:**

Die zu eliminierende Wortfolge ist aus einem redaktionellen Versehen nicht aus der Regierungsvorlage entfernt worden. Dieses Versäumnis soll hiemit nachgeholt werden.

Weiters brachten die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller und Karlheinz Kopf je einen Entschließungsantrag betreffend Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung für Unternehmen, die sich dem Öko-Audit unterziehen und betreffend Leitfadens und Prüfkriterien für Unternehmen, die sich einem Öko-Audit unterziehen sowie betreffend die Erweiterung der Sektoren, die ein Öko-Audit durchführen können, ein.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung der Abänderungsanträge der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller und Karlheinz Kopf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Entschließungsanträge der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller und Karlheinz Kopf betreffend Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung für Unternehmen, die sich dem Öko-Audit unterziehen und betreffend Leitfadens und Prüfkriterien für Unternehmen, die sich einem Öko-Audit unterziehen, wurden mit Stimmenmehrheit, der Entschließungsantrag der Abgeordneten Karlheinz Kopf und Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller betreffend die Erweiterung der Sektoren, die ein Öko-Audit durchführen können, mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Thomas Barmüller fand nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Umweltausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle

1. dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und
2. die beigedruckten Entschließungen annehmen.

Wien, 1995 04 20

**Josef Schrefel**  
Berichterstatler

**Mag. Karl Schweitzer**  
Obmann

•/1  
•/2 - •/4

/1

**Bundesgesetz über die Zulassung von und die Aufsicht über Umweltgutachter sowie über die Führung des Standortverzeichnisses entsprechend dem EU-Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (Umweltgutachter- und Standortverzeichnisgesetz – UGStVG)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Ziel des Gesetzes**

§ 1. Ziel dieses Bundesgesetzes ist die Erlassung folgender begleitender Regelungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29. Juni 1993 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung, ABl. Nr. L 168/1 vom 10. Juli 1993, (im folgenden: EMAS-V) zur Einrichtung eines Systems der Bewertung und kontinuierlichen Verbesserung der umweltbezogenen Leistungen von Unternehmen und der darauf bezogenen Information der Öffentlichkeit:

1. Zulassung von Umweltgutachtern und Aufsicht über die Umweltgutachter;
2. Führung eines Verzeichnisses eingetragener Standorte;
3. besondere Verwaltungsabgaben für die Zulassung von Umweltgutachtern und für die Standorteintragung.

**Begriffsbestimmungen**

§ 2. (1) Umweltgutachter im Sinne dieses Bundesgesetzes sind

1. Umweltgutachterorganisationen (juristische Personen des Privatrechts oder Personengemeinschaften) oder
2. Umwelteinzelgutachter/innen (natürliche Personen), die im Sinne des Art. 6 Abs. 4 der EMAS-V in Verbindung mit Anhang III lit. A der EMAS-V nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes zugelassen sind oder die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einer Vertragspartei des EWR-Abkommens nach Art. 6 Abs. 7 der EMAS-V zugelassen sind und bei ihrer Tätigkeit im Inland der Aufsicht nach diesem Bundesgesetz unterliegen.

(2) Sektoren sind

1. die Klassen (vierte Ebene) gemäß der gemeinsamen Grundlage für statistische Systematiken der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 1) nach Art. 2 in Verbindung mit dem Anhang, Abschnitte C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und D (verarbeitendes Gewerbe), der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, ABl. Nr. L 293/1 vom 24. Oktober 1990;
2. die Bereiche
  - a) Erzeugung von Strom,
  - b) Erzeugung von Gas,
  - c) Erzeugung von Dampf und Heißwasser,
  - d) stoffliche Verwertung von festen oder flüssigen Abfällen,
  - e) thermische Verwertung von festen oder flüssigen Abfällen,
  - f) Ablagerung von festen oder flüssigen Abfällen,
  - g) biologische sonstige Behandlung von Abfällen,

- h) thermische sonstige Behandlung von Abfällen,
  - i) chemisch-physikalische sonstige Behandlung von Abfällen; sowie
3. weitere Sektoren auf Grund einer Verordnung nach § 20 Abs. 1.

### **Anforderungen an Umweltgutachter**

§ 3. (1) Umweltgutachter müssen die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Art. 6 Abs. 4 in Verbindung mit Anhang III lit. B der EMAS-V erforderliche Fachkunde (§ 4) sowie Unabhängigkeit und Integrität (§ 5) besitzen.

(2) Im Inland zugelassene Umweltgutachter müssen einen Sitz oder Wohnsitz in Österreich haben.

### **Fachkunde**

§ 4. (1) Die erforderliche Fachkunde wird nachgewiesen durch

1. eine geeignete abgeschlossene Hochschulbildung,
2. einschlägige berufliche Kenntnisse und Erfahrungen und
3. eine positive Beurteilung der Fachkunde gemäß Abs. 6, insbesondere der grundlegenden Fachkenntnisse gemäß Abs. 6 Z 3.

(2) Eine geeignete abgeschlossene Hochschulbildung (Abs. 1 Z 1) wird durch den Abschluß eines Studiums im Sinne der §§ 35, 35a oder 36 des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes, BGBl. Nr. 177/1966, im Rahmen der im folgenden angeführten Hochschulstudienrichtungen oder durch eine im Ausland erworbene gleichwertige Hochschulbildung nachgewiesen:

1. Technische Studienrichtungen,
2. Naturwissenschaftliche Studienrichtungen,
3. Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen,
4. Rechtswissenschaftliche Studienrichtung,
5. Medizinische Studienrichtung,
6. Studienrichtungen an der Universität für Bodenkultur Wien,
7. Studienrichtungen an der Montanuniversität Leoben oder
8. ein studium irregulare (§ 13 Abs. 3 des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes, BGBl. Nr. 177/1966) als Verbindung von Fachgebieten im Rahmen der in den Z 1 bis 7 angeführten Studienrichtungen.

(3) Dem Erfordernis des erfolgreichen Abschlusses eines Hochschulstudiums (Abs. 1 Z 1) entsprechen auch

1. ein Abschluß eines Fachhochschul-Studienganges nach dem Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, oder
2. eine Berufspraxis als Ingenieur oder Diplom-HTL-Ingenieur gemäß § 4 Abs. 1 oder § 16 Abs. 1 des Ingenieurgesetzes 1990, BGBl. Nr. 461, im Ausmaß von insgesamt mindestens fünf Jahren.

(4) Einschlägige berufliche Kenntnisse und Erfahrungen (Abs. 1 Z 2) werden nachgewiesen durch

1. eine mindestens dreijährige Tätigkeit betreffend den Aufbau, die Betreuung oder die Durchführung von Umweltmanagementsystemen, Umweltbetriebsprüfungen oder vergleichbaren betrieblichen Umweltschutzagenden, insbesondere im Rahmen einer eigenverantwortlichen Tätigkeit in der Betriebsberatung oder -prüfung mit ökologischer Ausrichtung oder einer hauptberuflichen innerbetrieblichen Tätigkeit, und
2. eine qualifizierte praktische Tätigkeit im Ausmaß von mindestens 30 Tagen im Zusammenhang mit der Durchführung einer Umweltbetriebsprüfung oder einer Umweltbegutachtung nach der EMAS-V.

(5) In die Dreijahresfrist des Abs. 4 Z 1 sind die nachstehend angeführten Tätigkeiten in den Fällen der Z 1 und 2 im Höchstausmaß von eineinhalb Jahren und in den Fällen der Z 3 und 4 im Höchstausmaß von einem Jahr einzuzurechnen:

1. eine eigenverantwortliche Tätigkeit als Ingenieurkonsulent gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 des Ziviltechnikergesetzes 1993 (ZTG), BGBl. Nr. 156/1994, bzw. als dem entsprechender Zivilingenieur im Sinne des § 32 Abs. 2 ZTG, als Wirtschaftstreuhänder gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und 2 des Bundesgesetzes über das Berufsrecht der Wirtschaftstreuhänder, BGBl. Nr. 125/1955, oder als Rechtsanwalt gemäß § 1 der Rechtsanwaltsordnung, StGBI. Nr. 103/1945,
2. eine gewerberechtlich geregelte Tätigkeit als Geschäftsführer/in eines technischen Büros oder einer Unternehmensberatungsgesellschaft oder eine selbständige Tätigkeit auf diesen Gebieten,
3. eine Tätigkeit als Beauftragte/r im Sinne des § 5 Abs. 3 Z 3 oder,

4. eine wissenschaftliche Forschungs- oder Lehrtätigkeit in einem der in Abs. 6 Z 3 angeführten Bereiche.

(6) Die erforderliche Fachkunde für Umweltgutachter (Abs. 1 Z 3) wird im Rahmen der Zulassung durch Sachverständige beurteilt, die von einem Zulassungskomitee (Abs. 7) im Einzelfall vorgeschlagen werden. Die Beurteilung der Fachkunde umfaßt

1. eine Überprüfung der organisatorischen Strukturen, die geeignet sind, die fachliche Qualität und die Verantwortlichkeit des Umweltgutachters und die Anwendung eines systematischen Verfahrensablaufes bei der Erstellung von Umweltgutachten sicherzustellen,
2. eine praktische Überprüfung der erforderlichen Fähigkeiten im Rahmen der Durchführung einer Umweltbegutachtung an einem von dem Zulassungswerber bzw. der Zulassungswerberin der Zulassungsstelle (§ 8) zu nennenden Standort oder anhand eines den Erfordernissen der Realität möglichst entsprechenden Fallbeispiels und
3. eine Prüfung der grundlegenden Fachkenntnisse in den Bereichen
  - Methodologien der Umweltbetriebsprüfung,
  - Managementinformation und -verfahren,
  - Ökologie und naturwissenschaftliche Grundlagen,
  - Umweltrecht und Inhalte der EMAS-V und
  - Allgemeine Umwelttechnik.

(7) Der/die Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten hat im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Umwelt die Sachverständigen im Sinne des Abs. 6 zu bestellen und zur Beratung in allen Fragen der Zulassung und Aufsicht sowie der Bestellung der Sachverständigen im Sinne des Abs. 6 ein ständiges Zulassungskomitee einzurichten, dem je drei Vertreter/innen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Umwelt angehören. Die Beschlußfassung im Komitee erfolgt einstimmig. Das Zulassungskomitee kann zu seinen Sitzungen nicht stimmberechtigte Expert/innen beiziehen. Die Geschäftsführung obliegt dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Das Zulassungskomitee hat seine Tätigkeit durch eine Geschäftsordnung zu regeln.

(8) Der/die Bundesminister/in für Umwelt hat mit Verordnung nähere Regelungen für die Beurteilung der Fachkunde im Sinne des Abs. 6, insbesondere betreffend die Beurteilungskriterien, den Ablauf, den Inhalt der vorzulegenden Dokumentation (§ 9 Abs. 1) und sonstige Anforderungen zu erlassen. Die Verordnung ist hinsichtlich der Fachkunderfordernisse des Abs. 6 Z 1 und 2 im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten zu erlassen.

#### **Unabhängigkeit und Integrität**

§ 5. (1) Der Umweltgutachter muß gemäß Anhang III lit. A Z 1 der EMAS-V integer und vom zu begutachtenden Unternehmen unabhängig sein und die Gewähr dafür bieten, daß er keinem kommerziellen, finanziellen oder sonstigen Druck unterliegt, der sein Urteil beeinflussen oder das Vertrauen in seine Integrität und Unabhängigkeit bei seiner Tätigkeit in Frage stellen könnte. Der Umweltgutachter unterliegt bei Ausübung der gutachterlichen Tätigkeit insbesondere keinen Weisungen fachlicher Art.

(2) Der Umweltgutachter darf mit dem/der Auftraggeber/in, mit einem vertretungsbefugten Organ des zu begutachtenden Unternehmens oder mit dem Umweltbetriebsprüfer nach Art. 2 lit. 1 der EMAS-V oder einem/einer sonstigen Betriebsberater/in des Standorts nicht identisch sein. Die Unabhängigkeit ist insbesondere nicht gegeben, wenn ein zureichender Grund vorliegt, die Unbefangenheit in Zweifel zu ziehen. Dies ist insbesondere gegeben, wenn sich der Umweltgutachter zum Auftraggeber/zur Auftraggeberin, zu einem vertretungsbefugten Organ des zu begutachtenden Unternehmens oder zum Umweltbetriebsprüfer nach Art. 2 lit. 1 der EMAS-V oder einem/einer sonstigen Betriebsberater/in des Standorts

1. in einem Eheverhältnis oder in einem Verwandtschaftsverhältnis in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum vierten Grade oder in einem Schwägerschaftsverhältnis in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade befindet oder
2. in einem Auftrags-, Bestands-, Dienst-, Werk- oder Gesellschaftsvertragsverhältnis oder sonst in einem Weisungs- oder Abhängigkeitsverhältnis innerhalb von drei Jahren vor und nach einer Begutachtung nach der EMAS-V befindet.

Ausgenommen von Z 2 ist eine gutachterliche, prüfende, überwachende oder zertifizierende Tätigkeit insbesondere als Prüf-, Überwachungs- oder Zertifizierungsstelle im Sinne des § 7 Akkreditierungsgesetz (AkkG), BGBl. Nr. 468/1992, oder als allgemein beeideter gerichtlicher Sachverständiger einschlägigen Fachgebietes gemäß dem Bundesgesetz über den allgemeinen beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher, BGBl. Nr. 137/1975, oder ein Folgeauftrag als Umweltgutachter nach der

## 183 der Beilagen

7

EMAS-V mit der Maßgabe, daß nicht mehr als drei Begutachtungen nach der EMAS-V in unmittelbarer zeitlicher Abfolge für den selben Standort vorgenommen werden dürfen.

- (3) Ein Umweltgutachter bietet für die erforderliche Integrität keine Gewähr, wenn
1. er wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen durch ein inländisches Gericht zu einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 360 Tagessätzen verurteilt wurde,
  2. er wegen einer oder mehrerer Übertretungen von umweltrelevanten Verwaltungsvorschriften durch eine inländische Verwaltungsbehörde zu einer Geldstrafe von insgesamt mehr als 20 000 S verurteilt wurde,
  3. er als ehemalige/r Beauftragte/r gemäß § 82b Abs. 2 der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994, oder als Störfall-Sicherheitsbeauftragte/r gemäß § 6 Abs. 3 der Störfallverordnung, BGBl. Nr. 593/1991, oder als Abfallbeauftragte/r gemäß § 9 Abs. 6 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, oder als Abwasserbeauftragte/r gemäß § 33 Abs. 3 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, oder als Giftbeauftragte/r gemäß § 31 des Chemikaliengesetzes, BGBl. Nr. 326/1987, oder als Strahlenschutzbeauftragte/r gemäß § 7 Abs. 4 lit. b des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, oder als Sicherheitsfachkraft gemäß § 73 des ArbeitnehmerInnen-schutzgesetzes, BGBl. Nr. 450/1994, bzw. als Sicherheitstechniker/in gemäß § 21 Arbeitnehmerschutzgesetz, BGBl. Nr. 234/1972, oder als Managementvertreter/in im Sinne des Anhangs I lit. B Z 2 der EMAS-V wegen einer oder mehrerer Übertretungen von umweltrelevanten Verwaltungsvorschriften durch eine inländische Verwaltungsbehörde verurteilt wurde, oder
  4. über sein Vermögen innerhalb der letzten zehn Jahre schon einmal der Konkurs oder zweimal das Ausgleichsverfahren eröffnet worden ist oder der Antrag auf Konkursöffnung gestellt und mangels hinreichenden Vermögens abgewiesen worden ist.

#### **Zulassung als Umweltgutachter**

§ 6. (1) Die Zulassung als Umwelteinzelgutachter/in ist zu erteilen, wenn der/die Zulassungswerber/in die Anforderungen nach den §§ 3, 4 und 5 Abs. 1 und 3 erfüllt und sicherstellt, daß er/sie für alle beantragten Sektoren über die jeweils erforderlichen Kenntnisse verfügt.

- (2) Die Zulassung als Umweltgutachterorganisation ist zu erteilen, wenn die Organisation
1. entsprechend Anhang III lit. A Z 1 der EMAS-V insbesondere über eine Organisationsstruktur verfügt, die die Erstellung von Umweltgutachten gewährleistet, die den Anforderungen der EMAS-V genügen,
  2. die Anforderungen der Unabhängigkeit und Integrität im Sinne des § 5 Abs. 1 und Abs. 3 Z 1, 2 und 4 erfüllt,
  3. über mindestens eine/n zeichnungsberechtigte/n Vertreter/in verfügt, der/die die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt,
  4. nachweist, daß die für die Durchführung von Umweltbegutachtungen verantwortlichen Leiter/innen von Gutachter/innenteams die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllen und für die Organisation entweder als zeichnungsberechtigte Vertreter/innen (Z 3) oder als Dienstnehmer/innen nach dem Angestelltengesetz, BGBl. Nr. 292/1921, tätig sind,
  5. gewährleistet, daß die nichtverantwortlichen Mitglieder von Gutachter/innenteams so ausgewählt werden, daß die erforderlichen Kenntnisse für sämtliche Fachbereiche, insbesondere auch spezielle technische Fachbereiche, im Gutachter/innenteam vorhanden sind, und die einzelnen Teammitglieder die Anforderungen des § 4 Abs. 1 Z 1 und 2 und des § 5 Abs. 1 und 3 erfüllen, und
  6. sicherstellt, daß für alle beantragten Sektoren die jeweils erforderlichen Kenntnisse vorhanden sind.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 gelten auch für die Zulassung von Stellen im Sinne des Art. 12 Abs. 1 lit. b der EMAS-V.

#### **Gültigkeitserklärung**

§ 7. Für die Gültigkeitserklärung einer Umwelterklärung im Sinne des Art. 4 Abs. 3 der EMAS-V ist erforderlich, daß die unterzeichnenden Personen über die erforderlichen Zulassungen als Umwelteinzelgutachter/in oder als verantwortliche/r Leiter/in eines Gutachter/innenteams für den bezughabenden Sektor verfügen.

### Zulassungsstelle

§ 8. Zulassungsstelle für Umweltgutachter und Stellen im Sinne des Art. 12 Abs 1 lit. b der EMAS-V ist der/die Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten als Akkreditierungsstelle gemäß § 8 AkkG.

### Zulassungsverfahren

§ 9. (1) Das Verfahren für die Zulassung nach § 6 wird auf Grund eines bei der Zulassungsstelle einzubringenden schriftlichen Antrages im Sinne des Anhangs III lit. A Z 3 erster Satz der EMAS-V eingeleitet, in dem auch anzugeben ist, für welche Sektoren die Zulassung beantragt wird. Der Antrag hat alle zur Überprüfung der Voraussetzungen nach den §§ 3 bis 6 erforderlichen Angaben und Unterlagen zu enthalten. Dem Antrag ist eine Dokumentation anzuschließen, die die vorgenannten Angaben, insbesondere Angaben über die Ausbildung, Berufspraxis, Aufgaben und Verantwortlichkeiten eines Umwelteinzelgutachters bzw. einer Umwelteinzelgutachterin oder des gutachterlich tätigen Personals einer Umweltgutachterorganisation sowie eine systematische Darstellung des Verfahrensablaufes bei der Erstellung eines Umweltgutachtens enthalten muß.

(2) Auf das Zulassungsverfahren finden die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) Anwendung.

(3) Die Zulassungsstelle prüft den Antrag samt Unterlagen hinsichtlich des Erfordernisses des § 3 Abs. 2, hinsichtlich der erforderlichen Fachkunde nach § 4 Abs. 1 Z 1 und 2 und hinsichtlich der erforderlichen Unabhängigkeit und Integrität nach § 5 – ausgenommen § 5 Abs. 2 bei Erstzulassungen – und der Voraussetzungen des § 6 auf Echtheit, Vollständigkeit und Erfüllung der materiellen Zulassungsvoraussetzungen. Die Zulassungsstelle hat überdies die erforderliche Fachkunde gemäß § 4 Abs. 6 zu beurteilen.

(4) Auf Verlangen hat der/die Zulassungswerber/in der Zulassungsstelle ergänzende Auskünfte zu erteilen oder zusätzliche Unterlagen zu übermitteln.

(5) Erfüllt der/die Zulassungswerber/in alle Zulassungsvoraussetzungen, hat die Zulassungsstelle im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Umwelt die Zulassung, gegebenenfalls unter Auflagen und Bedingungen, die zur Sicherstellung der Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen erforderlich sind, mit Bescheid auszusprechen. Andernfalls ist der Zulassungsantrag mit Bescheid abzuweisen.

(6) Der Zulassungsbescheid hat jedenfalls den Namen und die Anschrift (§ 3 Abs. 2) des Umweltgutachters sowie die Angabe zu enthalten, auf welche Sektoren sich die Zulassung erstreckt. Eine Ausfertigung des Zulassungsbescheides ist der zuständigen Stelle (§ 15 Abs. 1) zu übermitteln.

(7) Auf Grund von Anträgen auf Ausweitung des sektoriellen Zulassungsumfanges sind die zur Überprüfung der Ausweitung erforderlichen Unterlagen vorzulegen und ist die erforderliche zusätzliche Fachkunde zu beurteilen.

### Aufsicht über zugelassene Umweltgutachter

§ 10. (1) Die Zulassungsstelle hat in regelmäßigen Zeitabständen, spätestens jedoch alle drei Jahre nach der erstmaligen Zulassung oder der jeweils letzten Überprüfung von Amts wegen oder auf Grund eines Antrages gemäß Abs. 4 zu überprüfen, ob die Anforderungen nach den §§ 3 bis 6 weiterhin vorliegen. Die Überprüfung hat insbesondere in einer praktischen Überprüfung der Wahrnehmung der gutachterlichen Aufgaben im Sinne des Anhangs III lit. B der EMAS-V zu bestehen. Dabei muß auch eine Überprüfung der Qualität der vorgenommenen Begutachtungen erfolgen.

(2) Der Umweltgutachter hat der Zulassungsstelle auf Verlangen die zur Überprüfung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die Zulassungsstelle unverzüglich über alle Veränderungen zu informieren, die auf die Zulassung oder den Umfang der Zulassung Einfluß haben können.

(3) Die Zulassungsstelle hat die zuständige Stelle (§ 15 Abs. 1) über die Ergebnisse einer Überprüfung nach Abs. 1 und über bei ihr eingelangte Veränderungsmeldungen im Sinne des Abs. 2 unverzüglich zu informieren.

(4) Die Zulassungsstelle hat eine Überprüfung im Sinne des Abs. 1 auch auf Grund eines Antrages eines Unternehmens, das von einem Umweltgutachter nach Anhang III lit. B der EMAS-V begutachtet wurde, oder eines Umweltsanwalts im Sinne des § 2 Abs. 4 des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetzes (UVP-G), BGBl. Nr. 697/1993, in dessen örtlichem Zuständigkeitsbereich ein von dem Umweltgutachter begutachteter Standort liegt, vorzunehmen.



### Aufsichtsmaßnahmen

§ 11. (1) Zur Überprüfung der Erfüllung der für Umweltgutachter geltenden Voraussetzungen nach der EMAS-V und nach diesem Bundesgesetz kann die Zulassungsstelle vom Umweltgutachter die erforderlichen Auskünfte und Unterlagen im Sinne des Anhangs III lit. A der EMAS-V sowie in Fällen der Gültigkeitserklärung einer Umwelterklärung trotz begründeten Verdachtes, daß die Voraussetzungen der EMAS-V nicht erfüllt waren, die Vorlage von Berichten an die Unternehmensleitung im Sinne des Anhangs III lit. B Z 3 der EMAS-V verlangen. Vor Übermittlung solcher Berichte an die Zulassungsstelle ist die betreffende Unternehmensleitung davon zu verständigen. Geheimhaltungsbedürftige Informationen, insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, dürfen dabei nicht mitgeteilt werden.

(2) Kommt der Umweltgutachter einer Anordnung im Sinne des Abs. 1 nicht nach, kann die Zulassungsstelle formlos die Fortführung der gutachterlichen Tätigkeit ganz oder teilweise bis zur Erfüllung der Anordnung untersagen. Gegen eine solche Untersagung sind Rechtsmittel ausgeschlossen. Die zuständige Stelle (§ 15 Abs. 1) ist von einer solchen Untersagung unverzüglich zu benachrichtigen.

### Umweltgutachter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union

§ 12. (1) Der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einer Vertragspartei des EWR-Abkommens zugelassene Umweltgutachter hat der Zulassungsstelle die Aufnahme seiner gutachterlichen Tätigkeit zuvor schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat insbesondere Name, Adresse, Nationalität und zugelassene Sektoren zu enthalten. Der Anzeige sind eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der Zulassung und eine beglaubigte deutsche Übersetzung beizuschließen. Die Zulassungsstelle kann sich insbesondere im Rahmen der Aufsicht auf geeignete Art und Weise über das Vorliegen der erforderlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der einschlägigen umweltrelevanten Rechtsvorschriften und der erforderlichen Sprachkenntnisse informieren.

(2) Die Zulassungsstelle hat in regelmäßigen Zeitabständen, spätestens jedoch alle drei Jahre nach der erstmaligen Einbringung der Anzeige nach Abs. 1 oder nach der jeweils letzten Überprüfung zu überprüfen, ob der Umweltgutachter weiterhin über eine gültige Zulassung des Mitgliedstaates verfügt. Die Überprüfung hat insbesondere in einer praktischen Überprüfung der Wahrnehmung der gutachterlichen Aufgaben im Sinne des Anhangs III lit. B der EMAS-V zu bestehen. Dabei muß auch eine Überprüfung der Qualität der im Inland vorgenommenen Begutachtungen erfolgen. Die §§ 10 Abs. 2 bis 4 und 11 gelten im übrigen auch für die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einer Vertragspartei des EWR-Abkommens zugelassenen Umweltgutachter hinsichtlich der im Inland vorgenommenen Begutachtungen nach der EMAS-V.

### Widerruf und vorübergehende Aufhebung der Zulassung

§ 13. (1) Die Zulassung ist durch Bescheid der Zulassungsstelle im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Umwelt in folgenden Fällen zu widerrufen:

1. Nachträglicher Wegfall, wesentliche Änderung oder sonstige Nichterfüllung der Anforderungen an die Zulassung im Sinne der §§ 3 bis 6,
2. Erschleichung der Zulassung durch unwahre Angaben oder Vorlage falscher oder verfälschter Urkunden im Zulassungsverfahren nach § 9 oder
3. Gültigkeitserklärung einer Umwelterklärung entgegen den Anforderungen des Art. 4 Abs. 3 der EMAS-V.

(2) Bei einer Verletzung der Informationspflicht über Veränderungen gemäß § 10 Abs. 2 hat die Zulassungsstelle die Zulassung mit Bescheid vorübergehend aufzuheben. Im Bescheid ist eine angemessene Frist zur Nachholung zu setzen. Die vorübergehende Aufhebung der Zulassung endet mit der Nachholung der Veränderungsmeldung. Im Fall der Nichterfüllung innerhalb der bescheidmäßig aufgetragenen Frist gilt die Zulassung im Sinne von Abs. 1 als widerrufen.

(3) Als Verfahrensordnung, nach der der Bescheid gemäß Abs. 1 oder 2 zu erlassen ist, gilt das AVG. Ein Widerrufsverfahren gemäß Abs. 1 ist von Amts wegen oder auf Grund eines Antrages eines Umweltschutzes im Sinne des § 2 Abs. 4 UVP-G, in dessen örtlichem Zuständigkeitsbereich der Standort liegt, einzuleiten.

(4) Der Umweltschutz hat Parteistellung gemäß § 8 AVG einschließlich des Berufungsrechtes gemäß § 19 Abs. 1 sowie des Rechts der Beschwerde gemäß Art. 131 Abs. 2 B-VG. Der Umweltschutz ist befugt, die Einhaltung der Rechtsvorschriften der EMAS-V und dieses Bundesgesetzes über die Zulassung von Umweltgutachtern, den Widerruf und die vorübergehende Aufhebung der Zulassung von Umweltgutachtern in Wahrung der Interessen der Gewährleistung eines rechtmäßigen und qualitativ hoch-

wertigen Zulassungs- und Umweltbegutachtungssystem und der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes als subjektive Rechte im Verfahren geltend zu machen.

### **Umweltgutachterliste**

§ 14. (1) Die zuständige Stelle (§ 15 Abs. 1) hat die Liste der zugelassenen Umweltgutachter gemäß Art. 7 der EMAS-V zu führen und an die EU-Kommission zu übermitteln.

(2) Die Umweltgutachterliste hat folgende Daten der zugelassenen Umweltgutachter – getrennt nach Umweltgutachterorganisationen und Umwelteinzelgutachter/innen – zu enthalten:

1. Name oder Organisationsbezeichnung,
2. Berufsanschrift einschließlich Telefonnummer und Telefaxnummer,
3. Bezeichnung der Sektoren im Sinne des § 2 Abs. 2, für die der Umweltgutachter zugelassen ist, und
4. Registrierungsnummer.

(3) Die Umweltgutachterliste ist öffentlich zugänglich. Jedermann kann sich davon an Ort und Stelle Abschriften anfertigen oder auf eigene Kosten Kopien anfertigen oder anfertigen lassen.

### **Zuständige Stelle und Standortverzeichnis**

§ 15. (1) Die für die Führung des Verzeichnisses der eingetragenen Standorte nach den Art. 8 und 9 der EMAS-V (Standortverzeichnis) zuständige Stelle ist der/die Bundesminister/in für Umwelt, der/die sich bei Durchführung dieser Aufgabe des Umweltbundesamtes bedienen kann.

(2) Die zuständige Stelle hat in bezug auf die Führung des Standortverzeichnisses gemäß Art. 8 der EMAS-V insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

1. Eintragung eines Standortes;
2. Streichung einer Eintragung;
3. Ablehnung einer Eintragung;
4. Zurücknahme einer Ablehnung der Eintragung;
5. vorübergehende Aufhebung einer Eintragung;
6. Zurücknahme einer vorübergehenden Aufhebung der Eintragung.

(3) Von erfolgten Akten betreffend die Führung des Standortverzeichnisses im Sinne des Abs. 2 sind die jeweils betroffenen Unternehmensleitungen und die Behörden im Sinne des Abs. 5 durch die zuständige Stelle unverzüglich zu verständigen. Die zuständige Stelle hat weiters das Standortverzeichnis jährlich auf den neuesten Stand zu bringen und vor Ende eines jeden Jahres an die EU-Kommission zu übermitteln und zugleich mit der Übermittlung an die EU-Kommission der Zulassungsstelle bekanntzugeben.

(4) Das Standortverzeichnis enthält die Bezeichnung der geprüften Standorte zusammen mit einer Registrierungsnummer. Das Standortverzeichnis ist öffentlich zugänglich. Jedermann kann sich davon an Ort und Stelle Abschriften anfertigen oder auf eigene Kosten Kopien anfertigen oder anfertigen lassen.

(5) Die nach Art. 8 Abs. 4 EMAS-V meldepflichtige Behörde ist die für die Bestrafung wegen einer umweltrelevanten Verwaltungsübertretung im Sinne des Abs. 6 zuständige Behörde. Die Unterrichtung der zuständigen Stelle gemäß Art. 8 Abs. 4 der EMAS-V hat nach Eintritt der Rechtskraft der Verwaltungsstrafe zu erfolgen.

(6) Umweltrelevante Verwaltungsübertretungen sind Verwaltungsübertretungen umweltrelevanter Vorschriften am eingetragenen Standort, insbesondere nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, dem Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, dem Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194, dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, BGBl. Nr. 380/1988, und dem Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215.

### **Eintragung, Streichung und Aufhebung von Standorten**

§ 16. (1) Die zuständige Stelle hat auf Antrag des Eintragungswerbers bzw. der Eintragungswerberin, der Angaben gemäß Anhang V der EMAS-V zu enthalten hat, einen geprüften Standort unter Zuteilung einer Nummer in das Standortverzeichnis einzutragen, wenn

1. eine von einem Umweltgutachter für gültig erklärte Umwelterklärung vorliegt,
2. glaubhaft gemacht ist, daß der Standort alle Bedingungen der EMAS-V erfüllt, insbesondere auch jene des Anhangs I, und
3. die auf Grund einer Verordnung nach § 21 Abs. 2 festgesetzte Eintragungsgebühr entrichtet ist.

(2) Die Voraussetzung des Abs. 1 Z 2 ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn die zuständige Stelle von einer bestehenden Verletzung einschlägiger Umweltvorschriften am Standort Kenntnis erlangt hat.

(3) Eine Streichung eines eingetragenen Standortes (§ 15 Abs. 2 Z 2), eine Ablehnung der Eintragung sowie eine Zurücknahme der Ablehnung einer Eintragung (§ 15 Abs. 2 Z 3 und 4), eine vorübergehende Aufhebung der Eintragung sowie eine Zurücknahme der vorübergehenden Aufhebung einer Eintragung (§ 15 Abs. 2 Z 5 und 6) hat nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 3 oder 4 der EMAS-V und nach Durchführung eines Feststellungsverfahrens nach den Bestimmungen des AVG mit Bescheid zu erfolgen. Sofern die Voraussetzungen für eine Ablehnung, vorübergehende Aufhebung oder Streichung einer Eintragung im Sinne des Art. 8 Abs. 3 und 4 der EMAS-V bereits im Zeitpunkt der Prüfung des Sachverhaltes vor Einleitung eines solchen Feststellungsverfahrens weggefallen sind, ist von einer Einleitung eines solchen Verfahrens abzusehen.

(4) Im Verfahren nach Abs. 3 ist der Umweltgutachter sowie gegebenenfalls die Behörde im Sinne des § 15 Abs. 5 zu hören und haben das betroffene Unternehmen und der Umweltschutzanwalt im Sinne des § 2 Abs. 4 des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetzes (UVP-G), BGBl. Nr. 697/1993, in dessen örtlichem Zuständigkeitsbereich der Standort liegt, Parteistellung gemäß § 8 AVG einschließlich des Berufungsrechtes gemäß § 19 Abs. 2 sowie des Rechts der Beschwerde gemäß Art. 131 Abs. 2 B-VG.

(5) Der Umweltschutzanwalt ist befugt, die Einhaltung der Rechtsvorschriften der EMAS-V und dieses Bundesgesetzes über die Eintragung, Streichung einer Eintragung, Ablehnung einer Eintragung, Zurücknahme einer Ablehnung der Eintragung, vorübergehende Aufhebung einer Eintragung und Zurücknahme einer vorübergehenden Aufhebung der Eintragung in Wahrung der Interessen der Gewährleistung eines rechtmäßigen und qualitativ hochwertigen Umweltbegutachtungs- und Standorteverzeichnisystems und der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes als subjektive Rechte im Verfahren geltend zu machen.

#### **Überprüfung durch die zuständige Stelle**

§ 17. Soweit dies zur Wahrnehmung der Aufgaben der zuständigen Stelle gemäß Artikel 8 der EMAS-V erforderlich ist, kann die zuständige Stelle alle dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen über einen Standort bei den zuständigen Behörden verlangen.

#### **Veröffentlichung der Umwelterklärung**

§ 18. (1) Die für gültig erklärte Umwelterklärung ist durch das betroffene Unternehmen längstens innerhalb von drei Monaten nach dem Einlangen der Verständigung im Sinne des § 15 Abs. 3 erster Satz in knapper und verständlicher Form der Öffentlichkeit auf eine geeignete Art und Weise mitzuteilen.

(2) Die zuständige Stelle ist über Inhalt, Art und Weise sowie Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Veröffentlichung nachweislich zu informieren. Ferner hat das betroffene Unternehmen die Art und Weise sowie Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Veröffentlichung in einem amtlichen Verlautbarungsorgan bekanntzugeben.

(3) Der freie Zugang zu einer veröffentlichten Umwelterklärung ist jedermann zu gewährleisten.

#### **Rechtsschutz**

§ 19. (1) Über Berufungen in Angelegenheiten der Zulassung nach § 9 Abs. 5 und des Widerrufs oder der vorübergehenden Aufhebung einer Zulassung nach § 13 Abs. 1 oder 2 entscheidet der unabhängige Verwaltungssenat, in dessen Sprengel der Umweltgutachter (Zulassungswerber/in) seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(2) Über Berufungen in Angelegenheiten des § 16 Abs. 3 entscheidet der unabhängige Verwaltungssenat, in dessen Sprengel der Standort liegt.

#### **Erweiterung der Sektoren**

§ 20. (1) Der/die Bundesminister/in für Umwelt kann im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten mit Verordnung weitere Sektoren festlegen (§ 2 Abs. 2 Z 3), auf die probeweise die Vorschriften der EMAS-V – mit Ausnahme der Art. 2 lit. i bis k, Art. 8 und 9 sowie Art. 10 in Verbindung mit Anhang IV – und dieses Bundesgesetz sinngemäß Anwendung finden.

(2) Die Vorschriften über die zuständige Stelle und das Standorteverzeichnis (§ 15) sowie über die Eintragung, Streichung und Aufhebung von Standorten (§ 16) finden für Standorte, die Abs. 1 unterlie-

gen, sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, daß solche Standorte bei der Eintragung in das Standorteverzeichnis und bei der Übermittlung an die EU-Kommission mit dem Hinweis zu versehen sind, daß es sich um einen Standort gemäß einer Erweiterung der Sektoren handelt.

(3) Mit der Verordnung ist für die zu regelnden Sektoren insbesondere festzulegen:

1. Bezeichnungen der einbezogenen Sektoren,
2. Definition der zu erfassenden Tätigkeiten, der Unternehmen bzw. Organisationen und der Standorte bzw. Bereiche und
3. Wortlaut der Teilnahmeerklärung analog zu Anhang IV der EMAS-V.

#### **Besondere Verwaltungsabgaben**

§ 21. (1) Für die Zulassung von Umweltgutachtern sind von dem/der Zulassungswerber/in besondere Verwaltungsabgaben zu entrichten, die von dem/der Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Finanzen entsprechend dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand in Pauschalbeträgen mit Verordnung festzusetzen sind.

(2) Für die Eintragung eines Standortes sind von dem/der Eintragungswerber/in besondere Verwaltungsabgaben zu entrichten, die von dem/der Bundesminister/in für Umwelt im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Finanzen entsprechend dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand in Pauschalbeträgen mit Verordnung festzusetzen sind.

(3) Die Pauschalbeträge nach Abs. 1 und 2 sind nach der für die Vorarbeiten und die Durchführung einer Zulassung eines Umweltgutachters und Eintragung eines Standortes erforderlichen Zeit, nach der Zahl und Wertigkeit der erforderlichen Amtsorgane und nach den anfallenden durchschnittlichen sonstigen Aufwendungen (insbesondere Reisekosten, Kosten für ADV-Ausstattung, Drucksorten, Material- und Postgebühren) zu ermitteln.

#### **Bericht an den Nationalrat**

§ 22. Der/die Bundesminister/in für Umwelt hat dem Nationalrat alle drei Jahre, erstmals 1998, über die Anwendung der EMAS-V und die Vollziehung dieses Bundesgesetzes zu berichten.

#### **Strafbestimmungen**

- § 23. (1) Mit Geldstrafe von 50 000 bis 200 000 Schilling ist zu bestrafen, wer als Umweltgutachter
1. entgegen Art. 4 der EMAS-V in Verbindung mit Anhang III lit. B der EMAS-V eine Umwelterklärung für gültig erklärt hat oder
  2. entgegen Art. 4 Abs. 7 der EMAS-V – unbeschadet der Aufsichtsbestimmungen der §§ 10 bis 12 dieses Bundesgesetzes – Informationen oder Angaben Dritten zugänglich gemacht hat.

(2) Mit Geldstrafe von 50 000 bis 200 000 S ist ein Unternehmen zu bestrafen, das eine Teilnahmeerklärung unberechtigt oder entgegen Art. 10 der EMAS-V in Verbindung mit Anhang IV der EMAS-V verwendet.

#### **Übergangsbestimmungen**

§ 24. (1) Für Zulassungsanträge im Sinne des § 9 Abs. 1, die innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes bei der Zulassungsstelle eingebracht werden, gelten die Bestimmungen der §§ 3 bis 9 mit der Maßgabe, daß die Fachkunde anstelle der Erfordernisse gemäß § 4 Abs. 6 auf Grund von schriftlichen Unterlagen (Abs. 3) zu beurteilen ist und die Zulassung (§ 9) mit der Bedingung zu erteilen ist, daß die erforderliche Fachkunde gemäß § 4 Abs. 6 innerhalb eines Jahres ab der Zulassung nachzuweisen ist.

(2) Die den Anträgen im Sinne des Abs. 1 beizuschließenden schriftlichen Unterlagen (Abs. 3) müssen zur vorläufigen Beurteilung der Fachkunde anhand des Nachweises über folgende, innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes erbrachte Tätigkeiten geeignet sein:

1. eine leitende, eigenverantwortliche Tätigkeit beim Aufbau oder bei der Betreuung von mindestens drei Umweltmanagementsystemen,
2. eine leitende, eigenverantwortliche Tätigkeit bei der Durchführung von mindestens drei Umweltbetriebsprüfungen,
3. eine leitende, eigenverantwortliche Tätigkeit bei der Erstellung und Erarbeitung wesentlicher Elemente von drei Umweltmanagementsystemen oder Umweltbetriebsprüfungen, oder
4. eine Kombination aus den in Z 1 bis 3 angeführten Tätigkeiten.

3) Die den Anträgen im Sinne des Abs. 1 beizuschließenden schriftlichen Unterlagen haben insbesondere folgendes zu umfassen:

1. eine Dokumentation der Tätigkeiten im Sinne des Abs. 2 und
2. eine Bestätigung der Unternehmensleitungen von Unternehmen, in denen Tätigkeiten im Sinne des Abs. 2 verrichtet wurden, über Inhalt und Umfang solcher Tätigkeiten.

(4) Zur Überprüfung der Erfüllung der Voraussetzungen nach Abs. 2 ist in jedem Fall eine Beurteilung der Fachkunde durch das Zulassungskomitee (§ 4 Abs. 7) erforderlich.

(5) Das Erfordernis des § 4 Abs. 4 Z 2 gilt nicht für Zulassungsanträge, die im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes eingebracht werden.

#### **Generelle Verweisungsbestimmung und Inkrafttreten**

§ 25. (1) Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Dieses Bundesgesetz tritt mit Ablauf des Monats seiner Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

(3) Verordnungen auf Grund dieses Bundesgesetzes können bereits vor dessen Inkrafttreten erlassen werden; sie treten frühestens zusammen mit diesem Bundesgesetz in Kraft.

#### **Vollziehung**

§ 26. (1) Für die Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, sofern Abs. 2 nicht anderes bestimmt, der/die Bundesminister/in für Umwelt betraut, hinsichtlich der gemäß § 4 Abs. 8 betreffend die Fachkunderfordernisse nach § 4 Abs. 6 Z 1 und 2 und hinsichtlich der gemäß § 20 Abs. 1 zu erlassenden Verordnungen im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten, sowie hinsichtlich der gemäß § 21 Abs. 2 zu erlassenden Verordnung im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Finanzen.

(2) Mit der Vollziehung der §§ 8 bis 13 und mit der Vollziehung der Geschäftsführung des Zulassungskomitees nach § 4 Abs. 7 ist der/die Bundesminister/in für wirtschaftliche Angelegenheiten betraut, hinsichtlich der Bestellung der Sachverständigen und der Einrichtung des Zulassungskomitees nach § 4 Abs. 7, sowie hinsichtlich der gemäß § 9 Abs. 5 und § 13 Abs. 1 sowie § 24 Abs. 1 zu erlassenden Bescheide im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Umwelt, hinsichtlich der gemäß § 21 Abs. 1 zu erlassenden Verordnung im Einvernehmen mit dem/der Bundesminister/in für Finanzen.

$\frac{1}{2}$ 

## **Entschießung**

Die Bundesregierung wird ersucht, basierend auf ersten Erfahrungen mit der Öko-Auditierung von Unternehmen, dem Nationalrat innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Verwaltungsvereinfachung inklusive den notwendigen legislatischen Änderungen, betreffend wiederkehrender Überprüfungen und Meldungen im Zusammenhang mit der Teilnahme am Öko-Audit, vorzulegen.

•/₃

## **EntschlieÙung**

Die Bundesministerin für Umwelt wird ersucht, bei Ausarbeitung eines Leitfadens und von Prüfkriterien für Betriebe, die sich einem Öko-Audit gemäß EMAS-Verordnung (Verordnung EWG-Nr. 1836/93) unterziehen wollen, auch umweltbezogene Arbeitnehmerschutzmaßnahmen und die Untersuchung der Arbeitsumwelt im Leitfaden bzw. in den Prüfkriterien aufzunehmen.

•/4

## **EntschlieÙung**

Die Bundesministerin für Umwelt wird ersucht, gemeinsam mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten möglichst rasch nach der Kundmachung des Öko-Audit-Gesetzes die Verordnungsermächtigung des § 20 in Anspruch zu nehmen und die Vorschriften der EMAS-Verordnung dh. somit die Abhaltung eines Öko-Audit-Verfahrens auf Dienstleistungsbetriebe – insbesondere Beherbergungsbetriebe – auszudehnen.



## **Abweichende persönliche Stellungnahme der Abgeordneten Ing. Monika Langthaler**

**(gemäß § 42 Abs. 5 GOG)**

Dem gegenständlichen Gesetzesantrag konnte aus folgenden Gründen keine Zustimmung erteilt werden:

### **1. Zuständigkeitssplitting zwischen Wirtschafts- und Umweltressort**

Die Zulassung der Umweltgutachter/innen erfolgt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, die Führung des Standortverzeichnisses durch das Bundesministerium für Umwelt. Die Zersplitterung der Umweltschutzkompetenzen, jahrzehntelang Gegenstand der Kritik, wird mit diesem neuen Gesetz weiter ausgebaut. Da für die Umweltprüfung- und Umweltbetriebsprüfung keine inhaltlichen Kriterien vorgegeben sind, liegt der Nutzen dieses Gesetzes für die Umwelt in den Händen der Umweltgutachter/innen. Diese werden vom Wirtschaftsministerium akkreditiert. Anders noch als im Ministerialentwurf ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten nunmehr auch für die Bestellung der Prüfer/innen (der angehenden Umweltgutachter/innen) zuständig, das Umweltministerium ist im Wege einer Einvernehmensregelung eingebunden (§ 4 Abs. 7).

Nach Ansicht der Grünen müßten alle staatlichen Zuständigkeiten des Gesetzes im Umweltressort konzentriert werden, da das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in einem klaren Interessenskonflikt zwischen der Förderung der Unternehmenstätigkeit und dem Umweltschutz befangen ist und langfristig eine Konzentration aller Umweltagenden beim Umweltministerium stattfinden sollte.

### **2. Asymmetrischer Rechtsschutz**

Der Rechtsschutz der Unternehmen ist stärker ausgebaut als der Rechtsschutz der Umwelt. Wohl wird der Entzug des „Umweltpickerls“ nicht aber dessen Vergabe einem ordentlichen Verfahren unterzogen.

Die Streichung aus dem Standortverzeichnis, die vorübergehende Aufhebung der Eintragung sowie ihre Stornierung ist bescheidmäßig abzusprechen und kann vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat bekämpft werden (§ 19 Abs. 5). Für das System viel maßgeblicher ist jedoch die erstmalige Eintragung im Standortverzeichnis, welche nur „ein Registrierungsakt ohne Anwendung des AVG“ (siehe Erläuterungen) ist. Die Ablehnung einer Eintragung darf hingegen nur nach Durchführung eines Feststellungsverfahrens erfolgen (§ 16 Abs. 3). Nach Auffassung der Grünen sollte auch die Eintragung bescheidmäßig erledigt werden und eine Partizipation des Umweltschutzes – wie auch im Verfahren zur Streichung oder vorübergehenden Aufhebung der Eintragung – vorgesehen werden. Um die Mitsprache des Umweltschutzes/der Umweltschützerin sinnvoll zu machen, wäre außerdem ein Initialrecht notwendig. Der derzeitigen Ausgestaltung im Gesetz liegt folgende Fallkonstellation zugrunde: Die Gewerbebehörde meldet der Standortverzeichnisbehörde, daß über das Unternehmen wegen Verletzung von Umweltvorschriften rechtskräftig eine Verwaltungsstrafe verhängt wurde (§ 15 Abs. 5). Die Standortverzeichnisbehörde leitet daraufhin ein Verfahren zur vorübergehenden Streichung der Eintragung ein. In diesem Verfahren ist das betroffene Unternehmen Partei, der Umweltschutzes/die Umweltschützerin quasi seine Gegenpartei. In der Realität wird jedoch äußerst selten eine Meldung durch die Gewerbebehörde erfolgen (so liegt lt. RH-Bericht die Kontrollrate bei der Wasserrechtsbehörde unter 50%), und nur selten wird ein Streichungsverfahren eingeleitet werden. Notwendig wäre daher, daß der Umweltschutzes/die Umweltschützerin mit einem

begründeten Antrag eine Streichung initiieren kann. Diese Anregungen der Grünen (bescheidmäßige Erledigung der Eintragung mit Partizipation des Umweltschutzes/der Umweltschützin und Initialrecht für die Streichung) im Begutachtungsverfahren wurden jedoch nicht aufgegriffen.

### 3. Unzureichende Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Betriebsanlage vor Eintragung in das Standortverzeichnis und bei bestehenden Eintragungen

Es ist naheliegend und notwendig, daß nur Unternehmen ein „Umweltpickerl“ erhalten, die jedenfalls die Umweltgesetze und ihre Genehmigungsbescheide einhalten. Dies kommt bereits in der Öko-Audit-Verordnung zum Ausdruck. Die betriebliche Umweltpolitik soll „nicht nur die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften“ vorsehen, „sondern auch Verpflichtungen zur angemessenen kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes“ umfassen (Art. 3 lit. a der EMAS-Verordnung).

Um dies sicherzustellen, sieht der Gesetzesentwurf vor,

- daß eine Eintragung im Standortverzeichnis nicht erfolgen darf, wenn die zuständige Stelle von der Verletzung einschlägiger Umweltvorschriften Kenntnis erlangt hat (§ 16 Abs. 2) und
- daß eine (vorübergehende) Streichung aus dem Standortverzeichnis amtswegig vorzunehmen ist, wenn das Bundesministerium für Umwelt von der zuständigen Vollziehungsbehörde von einem Verstoß gegen einschlägige Umweltvorschriften am Standort unterrichtet wird (§ 16 Abs. 3 und Art. 8 Abs. 3 oder 4 EMAS-VO).

Trotzdem ist die Einhaltung der Umweltvorschriften zu wenig sichergestellt: Erstens ist zwischen der Philosophie der EMAS-Verordnung und den entsprechenden Instrumenten zu unterscheiden. Für die Gültigkeitserklärung der Umwelterklärung durch den/die Umweltgutachter/in ist die Gesetzmäßigkeit der Anlage nicht explizit Voraussetzung. Die Gültigkeitserklärung erfolgt durch den/die Umweltgutachter/in, wenn die Voraussetzungen der Öko-Audit-VO erfüllt sind. Dies ist der Fall, wenn

- das Unternehmen eine Umweltpolitik festlegt,
- das Programm zur Erfüllung der festgelegten Ziele formuliert,
- ein Umweltmanagementsystem installiert (Festlegung der Verantwortlichkeiten für die Umsetzung des Umweltprogramms),
- ein taugliches Umweltprüfungs- und Umweltbetriebsprüfungsverfahren zur Erhebung der Auswirkungen des Unternehmens auf die Umwelt und zur Überprüfung des Umweltmanagements festlegt sowie
- die Umwelterklärung zuverlässige Angaben enthält. (Die Umwelterklärung ist für die Öffentlichkeit bestimmt.)

Es genügt, wenn die Umweltpolitik des Unternehmens festlegt, daß die Umweltgesetze eingehalten werden sollen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, ist in der Umwelterklärung nicht zwingend zu prüfen. „Die Umwelterklärung umfaßt insbesondere

- a) eine Beschreibung der Tätigkeiten des Unternehmens an dem betreffenden Standort;
- b) eine Beurteilung aller wichtigen Umweltfragen im Zusammenhang mit den betreffenden Tätigkeiten;
- c) eine Zusammenfassung der Zahlenangaben über Schadstoffemissionen, Abfallaufkommen, Rohstoff-, Energie- und Wasserverbrauch und gegebenenfalls über Lärm und andere bedeutsame umweltrelevante Aspekte, soweit angemessen;
- d) sonstige Faktoren, die den betrieblichen Umweltschutz betreffen;
- e) eine Darstellung der Umweltpolitik, des Umweltprogramms und des Umweltmanagementsystems des Unternehmens für den betreffenden Standort;
- f) den Termin für die Vorlage der nächsten Umwelterklärung;“ (Art. 5 Abs. 3 EMAS-VO).

Nach Auffassung der Grünen hätte der österreichische Gesetzgeber die Prüfung der Gesetzeskonformität der Anlage

- a) entweder zum zwingenden Bestandteil des Öko-Audits machen sollen oder
- b) die zur Eintragung zuständigen Stelle zu entsprechenden Prüfungen verpflichten müssen, allenfalls die Vorlage entsprechender Prüfberichte durch die zuständige Vollzugsbehörde vorsehen müssen.

Dies ist nicht geschehen. Vielmehr wurde die Beobachtung der Unternehmen in dieser Hinsicht – und dies ist der zweite Einwand – noch verschlechtert.

- a) Die zur Vollziehung der relevanten Umweltschutzvorschriften zuständigen Stelle hatte nach dem Ministerialentwurf noch jede Übertretung an die Standortverzeichnisbehörde zu melden (§ 18

Abs. 5 ME). Im beschlossenen Gesetzesantrag muß die zuständige Vollzugsbehörde das Bundesministerium für Umwelt nur mehr über rechtskräftige Verwaltungsstrafen informieren (§ 15 Abs. 5).

- b) Ein direkter Zugang des Bundesministeriums für Umwelt zu Betriebsdaten ist – im Unterschied zum ME – nicht mehr möglich.

#### **4. Unabhängigkeit der Umweltgutachter/innen?**

In § 5 des Gesetzentwurfs wird jede/r von der Umweltgutachtertätigkeit ausgeschlossen, der in einem persönlichen oder vertraglichen Naheverhältnis zum Unternehmen steht, allerdings soll eine mehrmalige Umweltgutachtertätigkeit möglich sein. § 5 Abs. 2 wurde mit Abänderungsantrag um eine weitere Ausnahme ergänzt, die derart weitgefaßt ist, daß die Trennung zwischen beratenden und begutachtenden Sachverständigen aufgehoben wird. Essentiell für das Funktionieren des Öko-Audits ist jedoch, daß nicht jene Firmen, die dem Unternehmen zB das Umweltmanagementsystem erstellen, dessen Konformität mit der EMAS-Verordnung bestätigen. Da die Z 5 des Abänderungsantrages auch das Wort „gutachterlich“ enthält, ist dies nicht mehr ausgeschlossen.

#### **5. Substitution regelmäßiger Überprüfungspflichten nach den Materiengesetzen und der Informationspflicht nach dem UIG**

Der Entschließungsantrag betreffend Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung für Unternehmen, die sich dem Öko-Audit unterziehen, wurde von den Grünen abgelehnt, weil das Öko-Audit die Überprüfungspflichten der Unternehmen nach § 134 WRG und § 82b nicht ersetzen kann. Die in der Begründung zum Antrag genannte Voraussetzung, „daß in der Gültigkeitserklärung der Umwelterklärung auch festgestellt wird, daß alle umweltrechtlichen Vorschriften am Standort eingehalten werden“, ist eben im Gesetz nicht vorgesehen. Unter dem Titel der Verwaltungsvereinfachung ist de facto ein Abbau ordnungspolitischer Kontrollmaßnahmen versteckt. Zum Abbau von echten Doppelgleisigkeiten bedarf es keiner legislatischen Maßnahmen. Es ist den Unternehmen schon jetzt unbenommen, Prüfgutachten, die sie auf Grund von § 82b und § 134 WRG in Auftrag geben mußten, im Rahmen des Öko-Audit vorzulegen oder umgekehrt, die im Rahmen eines Öko-Audits erstellten Gutachten den Behörden nach § 82b GewO oder § 134 WRG vorzulegen.

Die beabsichtigte Substitution der Emissionserklärung nach § 13 UIG durch die Umwelterklärung nach § 18 UGStV-Gesetz ist abzulehnen, weil der Erklärungsinhalt nicht identisch ist. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, daß es der gegenständliche Gesetzesantrag verabsäumt, ein Gleichgewicht zwischen „schlechten“ und „guten“ Umweltnachrichten eines Unternehmens herzustellen. Die Öffentlichkeit ist nur über die für das Unternehmen positive Eintragung nicht aber auch für das Unternehmen negative Umstände, zB die Nichteinhaltung von Emissionsgrenzwerten, die eine Streichung aus dem Standortverzeichnis bewirken könnten, oder von der Streichung selbst aktiv zu informieren.

Was in der zur Veröffentlichung bestimmten Umwelterklärung an Details enthalten ist, bestimmt das Unternehmen. Der/die Umweltgutachter/in hat lediglich zu bestätigen, daß keine falschen Angaben gemacht werden. § 13 UIG verlangt hingegen explizit, daß der Aushang die jeweils höchsten und die niedrigsten Meßwerte des vergangenen Monats und des vergangenen Jahres zu enthalten hat. Wie ersichtlich ist, müssen die Bekanntmachungen nach dem UIG auch öfter erfolgen als die regulären Umwelterklärungen.

## **Persönliche abweichende Stellungnahme des Abgeordneten Mag. Thomas Barmüller**

**(gemäß § 42 Abs. 5 GOG)**

Bei der einzelstaatlichen Umsetzung der EMAS-Verordnung (Verordnung EWG Nr. 1836/93) zur Errichtung eines Zulassungssystems für unabhängige Umweltgutachter ist es den Mitgliedstaaten auch gestattet, auf bereits bestehende Strukturen zurückzugreifen. Ein vom Liberalen Forum eingebrachter Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage sollte eine solche Möglichkeit des Rückgriffs auf in Österreich bereits organisierte Berufsgruppen und deren Fachkenntnisse gewährleisten, ohne die von der Regierungsvorlage intendierte Neuetablierung eines eigenen Zulassungssystems zu verhindern oder zu beeinträchtigen. Dieser Antrag fand keine Berücksichtigung, sodaß derzeit bestehende Berufsgruppen trotz bestehender Fachkenntnisse von der unmittelbaren Zulassung als Umweltgutachter ausgeschlossen sind.

Darüberhinaus ist die geschlechtsneutrale Formulierung in der konkreten Form mißlungen. Obwohl wir das Ziel, Gesetzestexte geschlechtsneutral zu formulieren, unterstützen, gibt das Liberale Forum zu bedenken, daß sich aus der inkonsequenten Formulierung des vorliegenden Textes Interpretationsschwierigkeiten ergeben werden.

Generell sollt die Vollziehung des UGStVG federführend durch die Bundesministerin für Umwelt erfolgen.